# Erzbischof Koch fordert besseren Schutz christlicher Flüchtlinge

2. März 2016

Berlin (KNA) Der Berliner katholische Erzbischof Heiner Koch unterstützt die Forderungen nach einem besseren Schutz christlicher Asylbewerber in Flüchtlingsheimen. Christliche Syrer hätten in Gesprächen mit ihm „mangelnden Respekt“ von Seiten muslimischer Flüchtlinge beklagt, sagte Koch am Montag in Berlin der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). „Sie berichten mir, dass sie sich nicht trauen, ihren Glauben zu leben, dass sie verleugnen, Christen zu sein“. Diese Flüchtlinge hätten Angst, „es könnten ihnen durch ihr Glaubensbekenntnis Nachteile entstehen“.

„Diese Entwicklung macht mir Sorgen“, betonte der Erzbischof. In Gesprächen mit Politikern und anderen Verantwortlichen habe er einen besseren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt bereits mehrfach angemahnt. Koch hob die kirchlichen Maßnahmen in dieser Frage hervor. Die Caritas etwa sensibilisiere die Sicherheitskräfte und andere Heimmitarbeiter für diese Problematik.

Kirchengemeinden und viele Privatleute böten christlichen Flüchtlingen „auch geistliche Heimat“, betonte der Erzbischof. Die Willkommensklassen an katholischen Schulen würden insbesondere von christlichen Flüchtlingen sehr gut angenommen. „Auch mit der syrisch-orthodoxen Gemeinde in Berlin stehen wir in engem Austausch“, sagte Koch. Die Bischofskonferenz beschloss jüngst „Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge“.

Nach Medienberichten über Angriffe auf christliche Asylbewerber etwa in der Massenunterkunft im früheren Flughafen Tempelhof hatte auch Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) „mit großer Sorge“ reagiert. „Diesen Fehlentwicklungen muss wirksam entgegengetreten werden“, forderte er und rief die Heimleiter auf, solche Taten zu melden.

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Andreas Germershausen, erklärte auf Anfrage, er beobachte solche Vorfälle „sehr aufmerksam“. Nach Rücksprache bei Caritas und Diakonie habe er den Eindruck, dass es sich bislang um Einzelfälle handle. Jeder Fall müsse gründlich geprüft werden, bevor er „skandalisiert“ werde.

(KNA – qkmmt-89-00041)

Stand: 17. November 2026